

Anwort der Neos auf die Frag zur Wienwahl

1. Welche Lösungen würden Sie vorschlagen, um eine ununterbrochene, vertrauensbildende Kommunikation mit Regierungsvertretern bzw. mit Schlüsselstellen im Wiener Magistrat zu ermöglichen?

Die Hürden für das Einleiten von Volksbefragungen und Volksbegehren sind sehr hoch. Deshalb werden sie bisher hauptsächlich als populistisches Instrument durch die Regierungsparteien missbraucht. Dabei müssen direktdemokratische Einrichtungen aber vor allem ein Instrument der Bürger_innen sein, um sich Gehör zu verschaffen und ihre Stadt tatsächlich verändern zu können. Denn derzeit haben Volksbefragungen und Volksbegehren bei den derzeitigen Bestimmungen nur gering Chancen auf Erfolg. Zudem sind sie auf die Landesebene beschränkt. Bezirksspezifische Themen haben so kaum Chance, die notwendigen Unterschriftenzahl für eine zwingende Behandlung im Wiener Landtag zu erreichen.

Damit Volksbefragungen und Volksbegehren zudem mehr politisches Gewicht bekommen, braucht es niedrigere Hürden für deren Einleitung. Künftig sollen 1 % der Wahlberechtigten (ca. 10.000 Personen) eine Volksbefragung oder ein Volksbegehren starten können. Volksbegehren, die von 3 % der Bevölkerung unterstützt, aber vom Wiener Landtag abgelehnt werden, sollen zwingend Gegenstand einer Volksabstimmung werden. Um Bezirksvertretungen aufzuwerten fordern wir, dass Volksbegehren oder Volksbefragungen auch auf Beschluss von mindestens einem Drittel aller Bezirksvertretungen eingeleitet werden können. Auch auf Beschluss der Bezirksvertretung oder durch Verlangen von 1 % der Bezirksbewohner_innen soll eine Volksbefragung über Themen, die überwiegend die Interessen der Bezirksbevölkerung betreffen, durchgeführt werden können.

Überhaupt braucht Wien eine neue Mitmach-Kultur mit dem Ziel, Bürger_innenbeteiligung zu einem natürlichen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu machen. Eine solche Kultur soll dafür sorgen, dass Bürger_innen und Politik Seite an Seite sinnvolle und effizient gestaltete Projekte durchführen und die Lebensqualität in unserer Stadt erhöhen.

2. Wie können die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden (politische Funktionen bzw. Magistratsvertreter, Aufgabenverteilung usw.) ?

Damit sich die Bürger_innen darauf verlassen können, dass die Beteiligungsverfahren fair und geregelt stattfinden, braucht es ein eigenes Gesetz, in dem Partizipationsbestimmungen definiert werden. Unter anderem soll damit eine klare Struktur von Ansprechpersonen und Zuständigen geschaffen werden, denn das Fehlen dieser ist ein Grund für die geringe Bürger_innenbeteiligung in Wien.

In der Bauordnung soll zudem verankert werden, dass künftig bei allen Bauprojekten die Bevölkerung informiert, aktiv befragt und somit in die Entscheidung miteinbezogen werden muss. Auch Unternehmer_innen können von Bau- und Verkehrsvorhaben stark betroffen sein und müssen in Beteiligungsverfahren gleichberechtigt einbezogen werden.

3. Unterstützen Sie den Wertekodex einer Gesellschaft, die entsprechend der Aarhus-Konvention, Bürgerbeteiligung aktiv betreibt und auch die Schaffung von landesgesetzlichen Rahmenbedingungen befürwortet, um ein Umweltinformationsgesetz und ein Auskunftspflichtgesetz praxistauglich und vertrauensbildend wirksam zu machen? Erste drei Lösungsvorschläge unsererseits – insbesondere die Transparenz betreffend – finden Sie hier. Wie ist Ihre Meinung dazu und würden Sie diese Forderungen entsprechend politisch unterstützen?

4. Erweiterung der Bürgerrechte im Petitionsgesetz: Derzeit können Bürgerinnen und Bürger nur Angelegenheiten, die die „Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke betreffen“ als Petition einbringen (vgl. § 1 Abs. 1

Gesetz über Petitionen in Wien). Grundlegende Probleme für die Bürger ergeben sich jedoch oft allein auf Grund der geltenden Gesetzeslage. Daher wird dringend empfohlen, auch Angelegenheiten des Landtags in das geltende Petitionsgesetz aufzunehmen.

NEOS steht für eine umfassende Aufwertung des Petitionsrechts. So soll den Einbringer_innen von Petitionen das Recht eingeräumt werden, vom Petitionsausschuss angehört zu werden. Die Verhandlungen sollen öffentlich abgehalten werden. Mehr Transparenz in der Offenlegung der Unterstützerzahl ist notwendig, damit die Öffentlichkeit verlässliche Informationen über die Unterstützung von Petitionen bekommt. Darüber hinaus sollen Petitionen in einen entsprechenden Fachausschuss kommen.

Denn durch Petitionen können Bürger_innen wichtige Anliegen in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken und die Politik unter Zugzwang setzen. Leider erkennt die Stadtregierung den Wert und die Wichtigkeit von Petitionen oft nicht an und lässt die Bemühungen der Bürger_innen unter den Tisch fallen. Unsere politischen Vertreter_innen müssen begreifen, dass die Wiener_innen keine Bittsteller, sondern ihre Auftraggeber sind. Das Bekenntnis zu Bürger_innenbeteiligung muss als Leitprinzip der Wiener Politik in der Stadtverfassung festgeschrieben werden.

- 5. Mehr Transparenz im Wiener Gemeinderat, Landtag und Bezirksvertretungen**
Transparenz ist eine der wichtigsten Grundvoraussetzung für Bürgerbeteiligung. Unser Verein Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung regt an, die Informationsbeschaffung in Bezug auf die Tätigkeiten im Wiener Gemeinderat, Landtag und den Bezirksvertretungen wesentlich zu erleichtern. Daher empfiehlt unser Verein konkret, die Tagesordnung des Wiener Gemeinderats und des Landtags mindestens 5 Werkstage im Voraus im Internet zu veröffentlichen sowie den Live-Stream der Übertragung der Gemeinderats- und Landtagssitzungen zeitnah nach Ende der Sitzungen dauerhaft im Internet abrufbar zu belassen. Weiters wird angeregt, die Protokolle - insbesondere der Bezirksvertretungssitzungen - deutlich informativer zu gestalten, indem u. a. Anträge und Beschlüsse vollinhaltlich wiedergegeben werden. Ebenso mögen die Beschlüsse der Bezirks-Ausschüsse veröffentlicht werden.

Was die Bezirksvertretungen angeht, so will NEOS, dass einmal jährlich in einer offenen Bezirksvertretungssitzung über die Zukunft des Bezirks diskutiert wird. An jedem Planungstag soll auch über den Fortschritt der Vorhaben aus dem vergangenen Jahr berichtet werden. Es soll auch eine Bürger_innenfragestunde stattfinden sowie einen Live-Stream aller Sitzungen geben.

- 6. Internet-Portal BürgerInnenbeteiligung: Unser Verein "Aktion 21 - Pro Bürgerbeteiligung" schlägt vor, ein Internet-Portal (z.B. <http://buergerbeteiligung.wien.at>) einzurichten, auf der die Bürgerinnen und Bürger umfassend und auf einen Blick über alle laufenden oder kurz vor Beginn stehenden Bürgerbeteiligungsverfahren in Wien informiert werden. Insbesondere sollen auf diesem Portal direkt oder über Linkverweise Petitionen, aktuelle Flächenwidmungsverfahren, laufende Begutachtungsverfahren zu Entwürfen von Wiener Landesgesetzen, Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), Strategische Umweltprüfungen (SUP; insbesondere hier auch Beginn des Screening-Verfahrens), Lokale Agenda 21 Projekte sowie städtebauliche Verfahren mit Beteiligung, aber auch Termine von Bürgerversammlungen abrufbar sein. Ebenso soll den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, ein Email-Abo zu den oben genannten (Bürgerbeteiligungs-)Verfahren zu beziehen (mit**

Selektionsmöglichkeit jeweils nach Stichworten und/oder nach thematischen und geographischen Gebieten, z.B. nach Bezirken).

Bürgerbeteiligung sollte als Ziel haben, so viele wie möglich so gut es geht einzubinden. Die Bündelung aller Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten auf einer Internetplattform begrüßt NEOS daher.

Generell hinkt Österreich bei der Digitalisierung anderen Staaten ziemlich hinterher. So wollen immer mehr Menschen ihre Behördengänge online und mobil erledigen. Deshalb soll die Stadt durch eine Modernisierung von Verwaltung und Personalmanagement überflüssige Bürokratie abbauen und sich zügig und verlässlich um die Angelegenheiten der Bürger_innen zu kümmern.

Mag.iur. Lisa Sommerauer, M.A.I.S., Fachreferentin

NEOS – Das Neue Österreich

Landesgerichtsstrasse 10, 1010 Wien

lisa.sommerauer@neos.eu

+43 6648491543